

Juan Rodriguez-Lores

**WARUM BOLOGNA?
BEMERKUNGEN ZU EINER STRATEGIE
VON POLITISCHER PLANUNG**

I. Der allgemeine Kontext der Stadtplanung in Bologna

Die Ursprünge der heutigen Planungspolitik und – praxis der Kommune Bologna reichen bis zum Ende der 50er Jahre. Die rasche Industrialisierung Norditaliens nach dem Krieg, die Begleitprozesse der massiven Einwanderung von Arbeitskräften aus dem Süden und aus dem Land in die großen Städte, die unhaltsame Verstärkung stellen auch die Planung in Bologna vor die anderenorts viel früher aufgetretenen Probleme der *Steuerung* einer scheinbar zwangsläufigen Entwicklung: expansive Urbanisation bei Zerstörung der herkömmlichen baulichen und sozialen Strukturen und des Gleichgewichts mit dem Umland, Verschärfung des Gefälles in der unterschiedlichen Ausstattung in den verschiedenen Teilen der Stadt und auf dem Land, Entfaltung und Zentralisierung der Verwaltung und Entscheidungsinstanzen, Verschärfung der Wohnfrage, deren Lösung auf Grund der spekulativen Prozesse widersprüchlicher Weise immer mehr an die private Initiative delegiert wird usw.¹⁾

Die hier anfangs der 60er Jahre entstandene Planungspolitik Bolognas orientiert sich von vornherein nicht auf die *Steuerung*, sondern auf die *Blockierung* dieser Entwicklung und schrittweise auf deren Umkehrung in einer ganz anderen Richtung. Damit hebt sie den Schein falscher Objektivität der städtischen Prozesse auf. Die Grundprinzipien dieser Planungspolitik – *Planung im Nicht-Wachstum*²⁾, *öffentlich-kommunale und von unten heranwachsende demokratische Kontrolle des Objektes und der Instrumente der kommunalen Planung* – setzen sich in der Planungspraxis der 60er Jahre nur langsam durch. Ihre erste klare Formulierung erhalten sie in dem „Piano per il Centro Storico“ (1969) und dem „Piano Regolatore Generale“ (1972).

Da diese planungspolitischen Prinzipien nicht in der Natur der neuen städtischen Probleme als Problem *kapitalistischen* Wachstums gegeben waren, mußten ihre objektiven Realisierungsbedingungen mühsam aus den tiefgreifenden strukturellen Veränderungen des politisch-

gesellschaftlichen italienischen Systems seit Ende der 50er Jahre bis heute hergeleitet werden. Die politische Reformbewegung – auch was die Stadtplanung betrifft – ist nicht bei der Durchsetzung sozialreformerischer Gesetze (die Wohnungsbaugesetze „167“ von 1962 und „865“ von 1971), welche in den meisten Städten eher eine rückschlagende Wirkung gehabt haben³⁾, stecken geblieben, sondern sie hat immer breitere Schichten der Bevölkerung⁴⁾ und die traditionellen politischen und kulturellen Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, in-nenbetriebliche Organisationen, Universität, bes. die Architekturfakultäten)⁵⁾ mobilisiert und sie in die theoretische und politische sowie technische Praxis der Stadtplanung eingezogen. Letztlich hat sie die strukturelle Verbindung zwischen dem Kampf um soziale Reformen in den Fabriken und in den Städten in Ansätzen hergestellt. Parallel zu dieser Reformbewegung und in enger Abhängigkeit mit ihr haben sich Organisationsform wie Programm von linken Parteien wie Gewerkschaften weiterentwickelt. Am Ende der 50er Jahre wird die alte Auseinandersetzung um die Arbeiterkontrolle, die in den 20er Jahren die „Ordinovisten“ in der neugegründeten KPI ausgetragen hatten, neu aufgegriffen.⁶⁾ Sie hat nicht nur zu Spaltungen in den großen sozialistischen und in der kommunistischen Partei geführt. Diese Organisationen, die zum größten Teil politische Träger der massenhaften Reformbewegung geblieben sind, waren bald dem unmittelbaren Druck ihrer in den letzten Jahren sich intensiv vermehrenden Basisorganen, die ihre politische Praxis wesentlich im lokalen Raum praktizieren, ausgesetzt; sie haben sich immer mehr den lokalen und außerbetrieblichen Problemen der Bevölkerung öffnen müssen; die verfolgte Politik der lokalen Autonomie (der Autonomie der Region, der Kommune, des Quartiers) fand in dieser intern veränderten Machtkonstellation der politischen Organisationen und in der spontanen Bildung von Bevölkerungsorganisationen ihren Motor. Nicht nur die Stadtplanung konnte damit während der 60er Jahre eine immer zentralere Stellung in der Programmatik der linken Parteien und Gewerkschaften einnehmen; es konnte auch eine politische Strategie zur demokratischen Kontrolle der staatlichen Gewalt entwickelt werden, die die Kommune und die Region als Konfliktfeld der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung bevorzugt und deren Angelpunkt die die neuere Stadtplanung bestimmende und zunächst als bürokratisches Konzept entstandene „Dezentralisierungspolitik“ ist⁷⁾. Das in diesem Bereich bereits institutionell Durchgesetzte – die regionale Reform anfangs der 70er Jahre, die Quartiersräte in vielen Städten – und alles, was noch auf dem Programm der Reformen steht – etwa die Steuerreform –, kann keine definitive Garantie für demokratische Kontrolle sein; es kann lediglich perspektivistisch die Durchsetzungskraft der Autonomiebewegung stützen.

Dieser gesamtitalienische Kontext enthält weitentwickelte Ansätze, um die Stadtplanung als theoretische,